

# Hansestadt Rostock

## Bürgerschaft

### Niederschrift

#### Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung

Sitzungstermin: Donnerstag, 05.10.2017  
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr  
Sitzungsende: 19:50 Uhr  
Ort, Raum: Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

#### Sitzungsteilnehmer:

##### Anwesende Mitglieder

##### Vorsitz

Andreas Engemann DIE LINKE.

##### reguläre Mitglieder

Ulrike Jahnel	CDU	
Irina Beyer-Kártina	DIE LINKE.	Vertretung für: Herrn Kay Nadolny
Horst Döring	DIE LINKE.	Vertretung für: Frau Ellen Fiedelmeier
Karina Jens	CDU	
Dr. Ingrid Bacher	SPD	
Andrea Krönert	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Reinhart Kühner	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09	
Rainer Bauer	UFR	

##### Verwaltung

Maxi Boden	Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung
Daniela Bubber	Büro OB, Presse- und Informationsstelle
Ellen Eger	Amt für Verkehrsanlagen
Anja Epper	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Christoph Fischer	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Ines Gründel	Bauamt
Ulrich Kunze	Büro OB, Leiter der Pressestelle
Holger Matthäus	Senator für Bau und Umwelt
Ulrike Wilke	Bauamt

##### beteiligte Ortsbeiräte

Anette Niemeyer	Ortsbeirat KTV
Werner Simowitsch	Ortsbeirat Stadtmitte

##### Gäste

Thomas Höppner	IHK zu Rostock
----------------	----------------

Klaus Peter Müller	"Leben in Biestow"
Jens Rademacher	Industrie-u. Handelskammer zu Rostock
Jan Schallwig	Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern
Claudia Temps	IHK zu Rostock

#### **Abwesende Mitglieder**

#### **reguläre Mitglieder**

Christian Reinke	SPD	entschuldigt
Ellen Fiedelmeier	DIE LINKE.	entschuldigt
Kay Nadolny	DIE LINKE.	entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### **(öffentlich)**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.09.2017
- 4 Anträge
  - 4.1 Dr. Steffen Wandschneider (für die Fraktion der SPD)
 

Kostenlose Park-and-Ride-Parkplätze in Lütten Klein  
Vorlage: 2017/AN/3048
  - 4.2 Uwe Flachsmeyer (für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 

Prüfauftrag: Lange Straße als Fahrradstraße  
Vorlage: 2017/AN/3108
- 5 Beschlussvorlagen
  - 5.1 Satzung der Hansestadt Rostock über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Fahrradabstellmöglichkeiten (Stellplatzsatzung)
 

Vorlage: 2017/BV/2872
  - 5.1.1 Vorsitzende des Ortsbeirates der Kröpeliner-Tor-Vorstadt
 

Satzung der Hansestadt Rostock über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Fahrradabstellmöglichkeiten (Stellplatzsatzung)  
Vorlage: 2017/BV/2872-01 (ÄÄ)

- 5.1.2 Vorsitzende des Ortsbeirates der Kröpeliner-Tor-Vorstadt  
Satzung der Hansestadt Rostock über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösbeträgen für notwendige Stellplätze und Fahrradabstellmöglichkeiten (Stellplatzsatzung)  
Vorlage: 2017/BV/2872-02 (ÄA)
- 5.2 Konzept für weitere kostenfreie und öffentlich zugängliche WLAN-Standorte  
Vorlage: 2017/BV/3074
- 5.3 Aufgabenstellung für die Beauftragung eines externen Sachverständigen zu der Erstellung eines Leitfadens oder einer Satzung für Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung  
Vorlage: 2017/BV/3099
- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Information zu Bebauungsplänen in Umlandgemeinden  
Vorlage: 2017/IV/2973
- 6.2 Soziale Mieten in Rostock sichern  
Vorlage: 2017/IV/3044
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Vorschläge für Änderungsanträge zum MOPZ
- 7.2 Informationen
- 8 Schließen der Sitzung

## **Protokoll:**

(öffentlich)

<b>TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit</b>
--

Herr Engelmann eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung ist rechtzeitig zugegangen und durch Aushang bekannt gemacht worden. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 10 Mitgliedern oder deren Stellvertreter anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

<b>TOP 2 Änderung der Tagesordnung</b>
--

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

<b>TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.09.2017</b>
---

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

## TOP 4 Anträge

### TOP 4.1 Dr. Steffen Wandschneider (für die Fraktion der SPD)

#### **Kostenlose Park-and-Ride-Parkplätze in Lütten Klein** **Vorlage: 2017/AN/3048**

Herr Engelmann informiert, dass die Ortsbeiräte dazu getagt haben. Die Ortsbeiräte haben zugestimmt.

Herr Matthäus stellt klar, dass der Parkplatz ab 01.01.2018 kostenlos sein wird.

Frau Jahnelt möchte sicherstellen, dass Absprachen mit der Hansemesse zur Parkplatznutzung erfolgen.

#### **Abstimmung:**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

### TOP 4.2 Uwe Flachsmeier (für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Prüfauftrag: Lange Straße als Fahrradstraße** **Vorlage: 2017/AN/3108**

Frau Krönert führt in den Antrag ein. In der Langen Straße ist eine Gefahrenlage für Radfahrer belegt. Hier soll geprüft werden ob ggfs. eine Fahrradstraße eingerichtet werden kann, um die Gefahrenlage zu entschärfen. Damit ist nicht der Autoverkehr vollständig ausgeschlossen.

Herr Matthäus bestätigt die Gefahrenlage. Hier besteht Handlungsbedarf. Ob hier durch eine Fahrradstraße mit geänderter Verkehrsführung oder andere Maßnahmen greifen können muss geprüft werden.

Herr Höppner weist auf die Beeinträchtigung des Autoverkehrs hin, die durch eine Priorisierung des Fahrradverkehrs seiner Meinung nach erfolgt. Besser wäre eine andere Verkehrsführung des Radverkehrs, da die Straße breit genug ist.

Frau Jens meint, dass mehrere Varianten geprüft werden sollten und der Antrag nicht auf eine Variante eingeschränkt sein sollte.

Frau Krönert stellt klar, dass die Prüfung verschiedener Varianten im Antrag enthalten sind.

Frau Dr. Bacher weist noch darauf hin, dass der Titel des Antrages irreführend ist.

Herr Engelmann empfiehlt, dies in der Bürgerschaftssitzung durch den Einreicher klarzustellen.

#### **Abstimmung:**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

## TOP 5 Beschlussvorlagen

**TOP 5.1 Satzung der Hansestadt Rostock über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Fahrradabstellmöglichkeiten (Stellplatzsatzung)**  
**Vorlage: 2017/BV/2872**

Herr Matthäus gibt eine Einführung zur Stellplatzsatzung. Die Satzung wird seit über zwei Jahren erarbeitet. Zur Bearbeitung wurden die Leitlinien beschlossen. Die Bearbeitung hat sich daran orientiert. Ziel ist es, Bauen kostengünstiger zu machen und gleichzeitig die Mobilität zu sichern. In der Innenstadt, der KTV und in Warnemünde sind Stellplatzreduktionen um 50% möglich. Bei Vorlage eines Mobilitätskonzeptes sind weitere Reduzierungen möglich. Die Satzung ist mit der Wohnungswirtschaft abgestimmt. Eine Überprüfung ist nach zwei Jahren vorgesehen.

Frau Niemeyer informiert über die Zustimmung des Ortsbeirates KTV mit Änderungsanträgen. Die Änderungsanträge sind selbsterklären und benötigen keine Erläuterung. Die Stellplatzsatzung ist auf moderne Mobilität gerichtet und nicht auf den Autoverkehr. Sie bittet um schnelle Beschlussfassung und Umsetzung.

Herr Rademacher stellt den Sinn der Satzung in Frage. Rostock wächst weiter. Die Ablöse von Stellplätzen erhöht nur die Bürokratie und Kosten für das Bauen. Bauherren sollte die Verantwortung selbst überlassen werden.

Frau Eger meint, dass die Änderungsanträge im Arbeitskreis besprochen werden müssen. Privilegierte Vorhaben festzulegen hat zur Folge, dass weitere Vorhaben genauso behandelt werden wollen.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	6
Dagegen:	2
Enthaltungen:	1

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 5.1.1 Vorsitzende des Ortsbeirates der Kröpeliner-Tor-Vorstadt**  
**Satzung der Hansestadt Rostock über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Fahrradabstellmöglichkeiten (Stellplatzsatzung)**  
**Vorlage: 2017/BV/2872-01 (ÄÄ)**

Es wird über den Änderungsantrag abgestimmt.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 5.1.2**      **Vorsitzende des Ortsbeirates der Kröpeliner-Tor-Vorstadt**  
**Satzung der Hansestadt Rostock über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Fahrradabstellmöglichkeiten (Stellplatzsatzung)**  
**Vorlage: 2017/BV/2872-02 (ÄÄ)**

Es wird über den Änderungsantrag abgestimmt.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 5.2**      **Konzept für weitere kostenfreie und öffentlich zugängliche WLAN-Standorte**  
**Vorlage: 2017/BV/3074**

Herr Kunze erläutert die Beschlussvorlage. Grundlage ist der Auftrag der Bürgerschaft, das freie WLAN-Netz auszubauen. Öffentliches WLAN ist auf unterschiedliche Weise von verschiedenen Anbietern zu empfangen, aber nicht flächendeckend. Beabsichtigt ist es, das WLAN an ausgewählten Orten zu verbessern und damit die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Dazu ist diese politische Entscheidung notwendig, um auch die finanziellen Mittel zu sichern.

Es gibt keine Frag dazu.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 5.3**      **Aufgabenstellung für die Beauftragung eines externen Sachverstands zu der Erstellung eines Leitfadens oder einer Satzung für Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung**  
**Vorlage: 2017/BV/3099**

Frau Epper gibt eine Einführung zur Beschlussvorlage. Der Agendarat hat die Bürgerbeteiligung hervorgehoben. Die Bürgerschaft hat 2016 einen Beschluss zur Erstellung eines Bürgerleitfadens gefasst. Die Aufgabenstellung ist das Ergebnis eines umfassenden Arbeitsprozesses. Die Ausschreibung sollte kurzfristig erfolgen. Die Änderungswünsche des Agendarates werden so akzeptiert.

Frau Jahnel fragt nach den Kosten. Mit der Beauftragung wird nur eine Grundfassung erstellt. Die Umsetzung muss auch gesichert werden.

Frau Epper antwortet, dass die Kosten für den Auftrag auf ca. 70.000,- EURO geschätzt werden. Die Umsetzung muss dann nach Schaffung einer entsprechenden Stelle erfolgen.

Es erfolgt die Abstimmung über die Änderungsanträge des Agendarates.

„Der Leitfaden [...] richtet sich an Politik und Verwaltung [...], die vor der Herausforderung stehen, Projekte im Bereich der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Stadtentwicklung zu realisieren.“

wird geändert in:

„Der Leitfaden [...] richtet sich an Politik und Verwaltung [...], die vor der Herausforderung stehen, Projekte einer nachhaltigen und ganzheitlichen Entwicklung der Stadt, wie in sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereichen der Stadtentwicklung zu konzipieren und zu realisieren.“

Begründung:

Stadtentwicklung umfasst auch die Bereiche Kultur, Verkehr, Bildung, Sport, Denkmalschutz u. a. und sollte nicht, wie in der BV formuliert, eingegrenzt werden. Die Begriffsdefinition z. B. für sozial ist in Nachschlagewerken nicht eindeutig und kann nicht automatisch auf o. g. Bereiche ausgedehnt werden. Nachhaltigkeit sollte generelles Gebot sein und erfordert auch vorausschauend zu agieren, also zu konzipieren.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	7
Dagegen:	1
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

2. Punkt 1.2. Durchführung / Moderation

2. Anstrich

„Vor- und Nachbereitung (inkl. einer Dokumentation) sowie Moderation [...]“

wird geändert in:

„Vor- und Nachbereitung (inkl. einer Dokumentation) sowie externe Moderation [...]“

Begründung:

Wahrung des Neutralitätsprinzips, wie es zum Bürgerforum am 3. Juli bereits zum Ausdruck kam.

3. Anstrich

„Durchführung von Expertengesprächen mit der Verwaltung, der Politik sowie der Öffentlichkeit  
◦ min. 8 Gespräche [...]“

wird geändert in:

„Durchführung von Expertengesprächen mit der Verwaltung, der Politik sowie der Öffentlichkeit  
◦ min. 8 Zusammenkünfte [...]“

Begründung:

Der Begriff Zusammenkünfte lässt offen, in welcher Form die jeweiligen Treffen erfolgen. Besonders bei der Einbeziehung der jungen Generation (u. a. Stadtjugendring, Jugendforum) und von Menschen mit Behinderungen oder im höheren Lebensalter erscheint es sinnvoll, keine Form festzulegen, um ggf. andere Beteiligungsformen als ein Gespräch zu ermöglichen (wie z. B. Ideenwerkstätten, E-Partizipation usw.).

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	7
Dagegen:	0
Enthaltungen:	2

Angenommen	x
Abgelehnt	

3. Punkt 1.4. Erfassung und Sichtung des vorliegenden Materials

wird um einen Punkt ergänzt:

k. Leitlinien/Satzungen anderer Kommunen mit entsprechend guten Erfahrungen (z. B. Heidelberg, Potsdam, Erfurt)

Begründung:

Auf die Erfahrungen anderer Kommunen zurückzugreifen, kann Fehler verhindern.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	7
Dagegen:	0
Enthaltungen:	2

Angenommen	x
Abgelehnt	

Danach wird über die geänderte Beschlussvorlage abgestimmt:

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	7
Dagegen:	0
Enthaltungen:	2

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 6 Informationsvorlagen**

**TOP 6.1 Information zu Bebauungsplänen in Umlandgemeinden  
Vorlage: 2017/IV/2973**

Herr Fischer stellt die Informationsvorlage vor. Schwerpunkt des Streits ist die Umlage der Nachbargemeinden für die Nutzung der Infrastruktur der Hansestadt Rostock.

Frau Jahnel stellt klar, dass die Umlandgemeinden sehr aktiv sind, um Wohnbauflächen auszuweisen. Die Umlage wurde früher vom Land gezahlt.

Herr Engelmann meint, dass das Land hier die Umlage entsprechend regeln kann. Eine Zusammenkunft der Gemeindevertreter der Umlandgemeinden und Mitglieder der Bürgerschaft könnte hier zur Lösung beitragen.

Frau Jens regt an, dieses Problem den Landtagsabgeordneten aus Rostock anzutragen, dass diese den Mangel im Landtag vorbringen und ihn dann beheben.

Herr Rademacher bietet eine Mediation durch die IHK an.

**TOP 6.2 Soziale Mieten in Rostock sichern  
Vorlage: 2017/IV/3044**

Frau Gründel stellt die Informationsvorlage vor. Kernaussage ist, dass genügend KdU-fähiger Wohnraum vorhanden ist und es nicht zu einer Vereinbarung mit der Wohnungswirtschaft kommt.

Frau Jahnel weist darauf hin, dass bei KdU-fähigen Wohnungen bei steigenden Einkommen die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen können.

Frau Bacher meint, dass die Forderungen an die Wohnungsunternehmen formuliert werden



müssen.

Herr Bauer steht auf dem Standpunkt, dass nur durch die schnelle Umsetzung B-Pläne kostengünstiger Wohnraum geschaffen werden kann. Jede Verzögerung führt zu Preissteigerungen.

## **TOP 7      Verschiedenes**

### **TOP 7.1    Vorschläge für Änderungsanträge zum MOPZ**

Zu diesem Thema wird Herrn Müller Rederecht erteilt

Zur Thematik MOPZ gibt es einige grundsätzliche Bemerkungen:

Herr Döring weist auf den zunehmenden Verkehr hin, der durch die wachsende Schiffbauindustrie und den Kreuzfahrttourismus in Warnemünde entsteht. Hier muss auch zukunftsorientiert geplant werden. Eine Verständigung mit den betreffenden Unternehmen muss erfolgen.

Frau Krönert macht deutlich, dass der MOPZ seit Jahren bearbeitet wird. Es werden immer neue Prognosen erstellt. Der MOPZ ist bald nicht mehr ein Zukunftspapier. Sie warnt vor einem Rückfall in die Ära mit der Zielsetzung der autogerechten Stadt.

Herr Bauer bemängelt, dass der handwerkliche Verkehr nicht in die Prognosen eingeflossen ist.

Herr Matthäus macht deutlich, dass die Basis der verwendeten Prognosen ausreichend ist. Hier ist genügend Spielraum, um die Zunahme der Bevölkerung im Umland abzuf puffern.

Die Vorschläge für Änderungsanträge zum MOPZ der IHK werden kurz diskutiert und es wird abgestimmt, ob der Ausschuss sich den Vorschlag zu eigen macht.

#### **1.    Aktuelle Bevölkerungsprognose des Landkreises Rostock berücksichtigen**

Beschluss:

In den Mobilitätsplan Zukunft ist die aktuelle Bevölkerungsprognose des Landkreises Rostock von 2017 unter besonderer Berücksichtigung des Stadt-Umland-Raumes in das MOPZ einzuarbeiten und geeignete Maßnahmen abzuleiten, wie die Zunahme des Stadt-Umland-Verkehrs bewältigt werden kann. Bis zur Vorlage der Überarbeitung ist der Beschluss zum MOPZ zurückzustellen.

Begründung:

In Abschnitt 5.3 (Seite 20) wird ausgeführt: „Die 2017 aktualisierte Bevölkerungsprognose des Landkreises ist noch nicht enthalten, würde aber nur zu sehr geringen Änderungen führen.“ Die neue Bevölkerungsprognose des Landkreises Rostock sieht auf längere Sicht zwar annähernd gleichbleibende Bevölkerungszahlen für den gesamten Landkreis vor. Für den Stadt-Umland-Raum ist jedoch mit einem weiteren Wachstum zu rechnen. Die sich daraus ergebende Zunahme des Pendlerverkehrs ist für den MOPZ besonders relevant und darf daher nicht unberücksichtigt bleiben. Eine Einschätzung der IHK zur Pendlerentwicklung ist als Orientierung als Anlage beigefügt.

#### **Abstimmung:**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	2
Dagegen:	6
Enthaltungen:	1

Angenommen	
Abgelehnt	x

#### **2.    Abwägung Stellungnahmen überarbeiten**

#### Beschluss:

Die als Anlage zur Beschlussvorlage zum Mobilitätsplan Zukunft vorgelegte Abwägung der Stellungnahmen ist zu überarbeiten. Insbesondere die Anregungen der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sind korrekt darzustellen, detaillierter zu prüfen und fachlich zu bewerten. Berechtigte Hinweise sind zu berücksichtigen. Bis zur Vorlage der Überarbeitung ist der Beschluss zum MOPZ zurückzustellen.

#### Begründung:

Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange dient der intensiven Einbeziehung fachlicher Hinweise wichtiger Akteure. Im Rahmen des TÖB- Beteiligungsverfahrens gegebene Anregungen sind daher fachlich detailliert zu prüfen und im Gesamtinteresse abzuwägen. Fachlich berechnete Anregungen sind bei der weiteren Bearbeitung der Planung zu berücksichtigen. Über das Ergebnis der Abwägung entscheidet die Bürgerschaft.

Die zum MOPZ-Entwurf eingebrachten Anregungen wurden in der Abwägungsdokumentation zum Teil sehr verkürzt bzw. sinnentstellt dargestellt, so dass die gegebene Begründung für die Bürgerschaft nicht ersichtlich ist. Üblich ist, den Originaltext aus den Stellungnahmen in die Abwägung zu übernehmen. Viele Anregungen wurden nicht berücksichtigt und mit Pauschalantworten „weggewogen“, so dass bezweifelt werden muss, dass eine fachlich fundierte Befassung durch den Gutachter bzw. durch die Verwaltung erfolgt ist. Als Anlage sind dazu zwei Beispiele dargestellt.

#### Abstimmung:

Dafür:	3
Dagegen:	4
Enthaltungen:	2

#### Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	x

### **3. Beschleunigung des Busverkehrs durch Grüne Welle / Verzicht auf die Maßnahme Ö-13 Einrichtung einer Busspur auf dem Mühlendamm zu Lasten einer Kfz-Spur stadtauswärts**

#### Beschluss:

Die in der Liste der Umsetzungsmaßnahmen des MOPZ (Anlage1, Seite 5) enthaltene Maßnahme „ÖPNV-Trasse (Busspur) Tessiner Straße - Mühlendamm“ ist wie folgt anzupassen: Auf die Ausweisung einer Busspur zu Lasten einer Kfz-Spur stadtauswärts ist zu verzichten. Die Beschleunigung des Busverkehrs auf der Achse Tessiner Str. - Mühlendamm ist vorrangig durch die Koordinierung der Lichtsignalanlagen (LSA) mit Einrichtung einer funktionierenden Grünen Welle für den Kfz- und Busverkehr unter Einbeziehung aller LSA in der Tessiner Str., Neue Warnowstr., Bleicherstr., Am Güterbahnhof und Steintor zu gewährleisten.

#### Begründung:

Als wirksame Maßnahme zur Beschleunigung des Busverkehrs sollte eine funktionierende Grüne Welle auf der Achse Tessiner Str. - Mühlendamm - Steintor umgesetzt werden. Eine Verbesserung des stadteinwärts geführten Verkehrs ist mit der Umgestaltung der Steintorkreuzung durch die geplante Änderung der Zuführung zum ehem. Güterbahnhof (Linksabbiegemöglichkeit in die Bleicherstraße entfällt) und die Erneuerung der Steuerungstechnik der Lichtsignalanlagen ohnehin vorgesehen. Die zu erwartenden positiven Effekte sind abzuwarten. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Bevorrechtigung des Busverkehrs in Höhe Bleicherstraße teilweise Mitverursacher der Verkehrsprobleme ist.

Bei Reduzierung auf eine Fahrspur stadtauswärts auf dem Mühlendamm wäre die Leistungsfähigkeit des stadtauswärts fließenden Verkehrs insbesondere an den Knoten nicht mehr gegeben. Der Verkehr würde sich stadtauswärts ebenso stauen wie jetzt stadteinwärts zu beobachten. Der auswärts fließende Verkehr (Zufluss aus August-Bebel-Str., Richard-Wagner-Str., Steinstraße, Wallstraße und zwei Zuführungen Wohngebiet ehem. Güterbahnhof) muss reibungslos und zügig aus der Stadt abgeführt werden.

Zu beachten ist außerdem, dass eine unmittelbare Wechselwirkung zwischen den Verkehrsachsen Tessiner Str. - Mühlendamm und L22 Rövershäger Chaussee - Am Strande besteht. Kapazitätsprobleme auf dem Mühlendamm würden zu einer noch höheren (ggf. nicht mehr verkraftbaren) Verkehrsbelastung auf der L22 führen. Die Umweltprobleme (Luft und Lärm) an der L22 würden weiter verschärft. Darüber hinaus führt die Einschränkung des Mühlendamms stadtauswärts in der Konsequenz dazu, dass diese Verbindung unattraktiver wird und noch mehr Verkehrsteilnehmer die Neue Warnowstraße nutzen würden.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	3
Dagegen:	3
Enthaltungen:	3

Angenommen	
Abgelehnt	x

**4. Leistungsfähigkeit und Verkehrsfluss im Hauptstraßennetz (innerer und äußerer Tangentenring und Zubringern) sichern und verbessern**

Beschluss:

Bei der Umsetzung der Maßnahmen AV-2, AV-3, AV-4, AV-5, AV-10, AV-11, RF-1 und RF-2 des Mobilitätsplanes Zukunft (Anlage 1 Liste der Umsetzungsmaßnahmen) sowie dem Schlüsselprojekt Abschnitt 9.3.10 „Verkürzung der Wartezeiten für den Fußgänger und Radverkehr zwischen Stadthafen - Innenstadt - Vögenteich“, Seite 84) sind folgende Grundsätze zu beachten und aufzunehmen:

- Erhalt und Verbesserung des Verkehrsflusses auf der L22 als wichtigste Verkehrsachse: Zusätzliche Querungsmöglichkeiten ausschließlich als niveaufreie Lösungen, Verzicht auf zusätzliche Lichtsignalanlagen (Maßnahme F-2), Verzicht auf zusätzliche Linksabbieger im Bereich Hamburger Str. (Maßnahme K-22), wenn dadurch die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird
- Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Leichtigkeit des Verkehrs im Hauptstraßennetz als prioritäres Ziel, um Verkehrszunahme kompensieren zu können
  - Konsequente Verbesserung des Verkehrsflusses durch Optimierung der Verkehrssteuerung durch den Einsatz neuer Technik und Koordinierung der Lichtsignalanlagen (Grüne Welle) auf wichtigen Hauptverkehrsachsen auch in der Nebenzeit (insbesondere L22 Rövershäger Chaussee bis Schutow, Tessiner Str. - August-Bebel-Str. - Parkstraße/ Dethardingstr. - Satower Str./ Nobelstr. Südring - Am Strande)
  - Beseitigung von Engpässen durch leistungsfähige Umgestaltung bzw. Ausbau von Verkehrsknoten (z.B. L22/ Neue Warnowstr., Steintor, alle Knoten Südring - Am Strande) mit Prüfung niveaufreier Knotengestaltung

Begründung:

Die positive Entwicklung der Hansestadt und der Region Rostock bedeutet, dass mit einer deutlichen Verkehrszunahme zu rechnen ist. Um auf Neubauprojekte möglichst verzichten zu können und die Zunahme des Verkehrs im Bestandsnetz kompensieren zu können muss der Verbesserung der Leistungsfähigkeit durch Optimierung der Verkehrssteuerung (Grüne Welle) und dem Ausbau von nicht leistungsfähigen Knoten eine deutlichere Priorität beigemessen werden. Aus Gründen der Luftreinhaltung, Lärminderung und Stauvermeidung muss der Verkehrsfluss verbessert werden.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	2
Dagegen:	4

Angenommen	
------------	--

Enthaltungen:	3
---------------	---

Abgelehnt	x
-----------	---

## 5. Verzicht auf Pfortnerampeln / Pfortneranlagen / Zuflusssteuerung / Synchronisations- oder Pufferzonen

Beschluss:

Bei der Umsetzung der Maßnahme VM-1-3 des MOPZ (Anlage 1, Liste der Umsetzungsmaßnahmen, Seite 10) ist auf den Kfz-Verkehr beeinträchtigende Maßnahmen wie Pfortnerampeln, Pfortneranlagen, Zuflusssteuerung, Synchronisations- oder Pufferzonen zu verzichten.

Im Abschnitt 6.3.7 (Seite 36) ist der Satz: „Ein flüssiger Verkehrsablauf im innerstädtischen Straßennetz und nach/ in Warnemünde hat Vorrang vor dem Außenbereich mit Strecken ohne angrenzende Wohnbebauung.“ zu streichen

Begründung:

Rostock ist Regiopole, Ober- und Wirtschaftszentrum. Viele Pendler sind darauf angewiesen, ihren Arbeitsplatz zu erreichen, ein ungehinderter Zugang mit allen Verkehrsmitteln ist zu gewährleisten. Deshalb ist auf die im Rahmen des Verkehrsmanagements vorgesehene Einführung von Pfortneranlagen, Pfortnerampeln o.ä. zu verzichten. Die Stadt muss ihre Verkehrsprobleme wirksam lösen, statt Staus mittels längeren Rotphasen an den Stadtrand zu verlagern.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	0
Dagegen:	3
Enthaltungen:	6

Angenommen	
Abgelehnt	x

## 6. Gewährleistung von Sicherheit, Leistungsfähigkeit und Leichtigkeit des Verkehrsnetzes

Beschluss

In den Abschnitt 4 (ab Seite 12) des Mobilitätsplanes Zukunft sind neben der verkehrspolitischen Zielsetzung zur Beeinflussung des ModalSplits zu Gunsten des Umweltverbundes die Gewährleistung der Leistungsfähigkeit, Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs als wichtige Ziele zu definieren.

Die Begriffe „größtmögliche“ Reduktion (Seite 15), „größtmögliche“ hohe Umweltverträglichkeit (Seite 16) und „maximalen“ Anteil der Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Seite 16) sind zu streichen.

Begründung:

Der Mobilitätsplan Zukunft muss die Mobilitätsansprüche aller Nutzergruppen restriktionsfrei berücksichtigen. Dies betrifft sowohl die unterschiedlichen Ansprüche der Bevölkerung als auch von Pendlern, Besuchern und wirtschaftsrelevanten Verkehren.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	0
Dagegen:	7
Enthaltungen:	2

Angenommen	
Abgelehnt	x

## 7. Ausreichendes Parkraumangebot

Beschluss:

Im Mobilitätsplan Zukunft ist die Maßnahme RV-5 (Anlage1, Liste der Umsetzungsmaßnahmen,

Seite 4) „städtebauliche Entwicklung des Stadthafens ohne Ersatzmaßnahmen für den Entfall des Ruhenden Verkehrs“ zu streichen. Dafür ist aufzunehmen: „Bei der städtebaulichen Entwicklung des Stadthafens sind die entfallenden Stellplätze sind zu kompensieren“. Ein ausreichendes Parkraumangebot ist sicherzustellen. Das Parkraumkonzept der HRO ist fortzuschreiben. Entfallen durch Bebauung oder Umgestaltung benötigte öffentliche Stellplätze, sind diese i.d.R. im gleichen Gebiet durch Neubau zu kompensieren. Auf die Maßnahme RV-5 „Ersatzloser Wegfall der Stellplätze im Stadthafen“ ist zu verzichten.

Begründung:

Die Bevölkerung und die Wirtschaft sind auf ein ausreichendes Parkraumangebot angewiesen. Besonders problematisch stellt sich die Situation in der Innenstadt, angrenzenden Stadtgebieten und Warnemünde dar.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	5
Dagegen:	3
Enthaltungen:	1

Angenommen	x
Abgelehnt	

## 8. Busspur Warnemünde

Beschluss:

Im Mobilitätsplan Zukunft (Anlage 1, Liste der Umsetzungsmaßnahmen, Seite 6) ist die Maßnahme Ö-28 „Busspur auf der B 103 nach Warnemünde“ wie folgt zu ändern: „Prüfung einer dauerhaften Einrichtung durch Bau einer zusätzlichen separaten Busspur auf der B 103 nach Warnemünde“.

Begründung:

Mit der Formulierung soll klargestellt werden, dass die Einrichtung der Busspur zusätzlich und nicht zu Lasten dringend benötigter vorhandener Verkehrsfläche eingerichtet wird und damit kein Nadelöhr auf der Hauptzufahrt der B103/E55 vor Warnemünde entsteht.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen	x
Abgelehnt	

## 9. Flächenfreihaltung Südtangente

Beschluss:

Im Mobilitätsplan Zukunft ist in Abschnitt 8 (Seite 75) der Satz zu streichen: "Ein entsprechender Korridor ist bis zur Vorlage eines abschließenden Ergebnisses der Machbarkeitsstudie freizuhalten".

Stattdessen ist folgender Satz einzufügen: „Ein entsprechender Korridor ist unabhängig vom Ergebnis der Machbarkeitsstudie langfristig freizuhalten“.

Begründung:

Auch wenn die Machbarkeitsstudie zur Südtangente nicht zu dem Ergebnis kommen sollte, dass der Bau einer Südtangente zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist, sollten die Flächen langfristig freigehalten werden, um die Möglichkeit der Umsetzung zu einem späteren Zeitpunkt (ggf. nach 2030) offen zu halten.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	5
Dagegen:	1
Enthaltungen:	1

Angenommen	x
Abgelehnt	

## 10. Evaluierungsprozess verbindlicher regeln

Beschluss:

Der Beschlusstext wird um einen 2. Punkt ergänzt:

Eine Evaluierung des MOPZ erfolgt nach 3 - 5 Jahren.

Begründung:

Im Abschnitt 10 sind Monitoring, Evaluierung und Berichterstattung zwar umfangreich beschrieben, eine Verbindlichkeit für eine Evaluierung ist jedoch nicht gegeben. Insbesondere wenn sich grundlegende Rahmenbedingungen und -planungen ändern, wie z.B. der Flächennutzungsplan oder die Gewerbeflächenkonzeption entwickelt oder aktualisiert werden, muss eine Anpassung des Mobilitätsplanes Zukunft erfolgen.

**Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	7
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

### TOP 7.2 Informationen

Die nächste Sitzung findet als gemeinsame Sitzung mit den Ausschüssen für Bau und Planung und Wirtschaft und Tourismus zum Thema MOPZ statt.

### TOP 8 Schließen der Sitzung

Herr Engelmann schließt die Sitzung.